

## Fragen

für die Fragestunde der 146. Sitzung des Deutschen Bundestages  
am Mittwoch, dem 17. Januar 2024

### Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Akbulut, Gökay (fraktionslos)	10, 50	Kraft, Rainer, Dr. (AfD)	41, 45
Bayram, Canan (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	36, 39	Kuban, Tilman (CDU/CSU)	7, 8
Birkwald, Matthias W. (fraktionslos)	26, 27	Peterka, Tobias Matthias (AfD)	40, 44
Brandner, Stephan (AfD)	5, 48	Pilsinger, Stephan (CDU/CSU)	34, 35
Bünger, Clara (fraktionslos)	25, 54	Plum, Martin, Dr. (CDU/CSU)	21, 22
Bystron, Petr (AfD)	15, 52	Rachel, Thomas (CDU/CSU)	13, 14
Gädechens, Ingo (CDU/CSU)	31, 32	Radwan, Alexander (CDU/CSU)	16, 17
Görke, Christian (fraktionslos)	28, 42	Reichinnek, Heidi (fraktionslos)	33
Hahn, André, Dr. (fraktionslos)	29, 51	Renner, Martina (fraktionslos)	30, 49
Hardt, Jürgen (CDU/CSU)	3, 4	Röttgen, Norbert, Dr. (CDU/CSU)	6
Hauer, Matthias (CDU/CSU)	9, 46	Schattner, Bernd (AfD)	1, 2
Hennig-Wellsow, Susanne (fraktionslos)	24	Seitz, Thomas (AfD)	23, 43
Hoppenstedt, Hendrik, Dr. (CDU/CSU)	47	Weisgerber, Anja, Dr. (CDU/CSU)	37, 38
Hunko, Andrej (fraktionslos)	11, 12	Widmann-Mauz, Annette (CDU/CSU)	19, 20
		Winkler, Tobias (CDU/CSU)	18, 53

**Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung**

	<i>Seite</i>
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts .....	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz.....	7
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales .....	9
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung .....	9
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.....	11
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit .....	11
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Digitales und Verkehr ...	12
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz.....	12
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung.....	13
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz.....	13
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen .....	14
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern und für Heimat .....	15

**Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts**

1. Abgeordneter  
**Bernd Schattner**  
(AfD) Welche Bemühungen unternimmt die Bundesministerin des Auswärtigen Annalena Baerbock für den diplomatischen Frieden in der Ukraine?
2. Abgeordneter  
**Bernd Schattner**  
(AfD) Welche Chancen bzw. welche Gefahren sieht die Bundesministerin des Auswärtigen Annalena Baerbock für die nächsten zwei Jahre der Legislaturperiode für Deutschland?
3. Abgeordneter  
**Jürgen Hardt**  
(CDU/CSU) Was sind die ersten Projekte, welche die Bundesregierung mit der neuen polnischen Regierung in der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik umsetzen wird, und wie sollen die erheblichen Meinungsverschiedenheiten mit unseren wichtigsten Nachbarn Polen und Frankreich, beispielsweise in Fragen der Energiepolitik oder Rüstungszusammenarbeit, überwunden werden?
4. Abgeordneter  
**Jürgen Hardt**  
(CDU/CSU) Was unternimmt die Bundesregierung, um Aktivitäten Russlands im globalen Süden entgegenzuwirken, die etwa in Syrien, der Zentralafrikanischen Republik oder den Sahel-Staaten bereits zu etablierten Strukturen geführt haben, und welche Ansätze verfolgt die Bundesregierung, um die Mittel für die Entwicklungszusammenarbeit nicht in die Hände von Russland beeinflussten Regierungen fließen zu lassen?
5. Abgeordneter  
**Stephan Brandner**  
(AfD) Wie viele Flugreisen hat die Bundesministerin des Auswärtigen seit dem Anbeginn der Legislaturperiode getätigt, und wie viele davon hat sie per Linienflug absolviert?
6. Abgeordneter  
**Dr. Norbert Röttgen**  
(CDU/CSU) Warum haben die Bundesministerin des Auswärtigen und das Auswärtige Amt die Unwahrheit gesagt, was den Inhalt des Rechtsgutachtens der EU zur Terrorlistung der Revolutionsgarden angeht, aus dem keineswegs hervorgeht, dass die Terrorlistung rechtlich momentan nicht möglich ist (vgl. Jean Philipp-Baek, „Hinters Rechtsgutachten geduckt“ vom 18. Dezember 2023 auf [www.taz.de](http://www.taz.de))?
7. Abgeordneter  
**Tilman Kuban**  
(CDU/CSU) Welche konkreten Konsequenzen hat das Auswärtige Amt nach der erst sechs Tage nach dem Terrorangriff der Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023 angelaufenen Evakuierungsaktion für deutsche Staatsbürger gezogen, da andere Staaten, wie bspw. Polen, Rumänien, Italien, Spanien, die Schweiz und Island, ihre Bürger schon nach drei Tagen ausgeflogen hatten?

8. Abgeordneter  
**Tilman Kuban**  
(CDU/CSU)
- Welche Schlüsse zieht das Auswärtige Amt aus den Äußerungen des serbischen Präsidenten Aleksandar Vučić im Nachgang der Parlamentswahlen in Serbien Ende Dezember 2023, Deutschland habe sich auf die „bisher brutalste Weise in den Wahlprozess eingemischt“?
9. Abgeordneter  
**Matthias Hauer**  
(CDU/CSU)
- Welche Erkenntnisse liegen der Bundesregierung darüber vor, wie sich das Russische Haus in Berlin seit 2014 finanziert (bitte auch angeben, inwiefern die Einrichtung ggf. Zuwendungen aus öffentlichen Mitteln in Deutschland beantragt und/oder erhalten hat), und hat die Bundesregierung seit Februar 2022 eine Schließung der Einrichtung, die von der sanktionierten Behörde Rosotrudnitschestwo betrieben wird, geprüft (bitte auch zum etwaigen Ergebnis einer entsprechenden Prüfung ausführen sowie, falls zutreffend, warum eine entsprechende Prüfung bzw. Schließung vor dem Hintergrund der Aufnahme von Rosotrudnitschestwo in die EU-Sanktionsliste nicht erfolgt ist; vgl. [www.tagesspiegel.de/berlin/das-russische-haus-in-berlin-behorden-schreiten-rotz-sanktionen-nicht-ein--beschwerde-eingelegt-10557430.html](http://www.tagesspiegel.de/berlin/das-russische-haus-in-berlin-behorden-schreiten-rotz-sanktionen-nicht-ein--beschwerde-eingelegt-10557430.html))?
10. Abgeordnete  
**Gökay Akbulut**  
(fraktionslos)
- Inwieweit ist die Bundesregierung der Ansicht, dass die Vorgehensweise der israelischen Armee in Gaza noch von dem Recht auf Selbstverteidigung Israels infolge des Terrorangriffs der Hamas vom 7. Oktober 2023 gedeckt ist, insbesondere mit Blick darauf, dass die Bundesregierung sich „immer wieder“ veranlasst sah, die israelische Regierung auf die Einhaltung des Völkerrechts hinzuweisen (vgl. Antwort der Bundesregierung auf meine Schriftliche Frage 14 auf Bundestagsdrucksache 20/9979), und wie positioniert sich die Bundesregierung zu den aktuellen Rechtsmitteln Südafrikas gegen Israel vor dem Internationalen Gerichtshof (IGH) in Den Haag, die u. a. darauf gerichtet sind, dass Israel die Kriegshandlungen in Gaza sofort einstellen soll (vgl. [www.icj-cij.org/sites/default/files/case-related/192/192-20231228-app-01-00-en.pdf](http://www.icj-cij.org/sites/default/files/case-related/192/192-20231228-app-01-00-en.pdf))?

11. Abgeordneter  
**Andrej Hunko**  
(fraktionslos)
- Hat die Bundesregierung bzw. haben ihre Ressorts sowie nachgeordnete Bundesbehörden seit dem 24. Februar 2022 Szenarien für das Ende des Krieges in der Ukraine selbst ausgearbeitet oder an externe Organisationen in Auftrag gegeben (bitte Ressorts bzw. Organisationen angeben), und wenn ja, sind darunter Szenarien gewesen, bei denen die Ukraine gegen Russland ihre militärischen Ziele nicht erreicht bzw. ihre territoriale Integrität in den Grenzen von 1991 nicht wiederherstellen kann (vgl. „Das heikle Russland-Dinner beim deutschen Botschafter“, DER SPIEGEL am 22. Dezember 2023)?
12. Abgeordneter  
**Andrej Hunko**  
(fraktionslos)
- Welche Organisationen, in denen Deutschland vertreten ist, werden an der Beobachtung der kommenden Präsidentschaftswahlen in Indonesien teilnehmen, und sieht die Bundesregierung die Gefahr der Entstehung einer politischen Dynastie in Indonesien, vor dem Hintergrund der Ernennung des ältesten Sohns des gegenwärtigen Präsidenten Joko Widodo, Gibran Rakabuming Raka, zum Vizepräsidentschaftskandidaten von Prabowo Subianto Djojohadikusumo (siehe „Commentary: To many voters, a Prabowo presidency would be Jokowi 3.0“, in The Jakarta Post am 9. Januar 2024 sowie „A President’s Son Is in Indonesia’s Election Picture. Is It Democracy or Dynasty?“ in New York Times am 9. Januar 2024)?
13. Abgeordneter  
**Thomas Rachel**  
(CDU/CSU)
- Warum nahm an der Amtseinführung des neuen argentinischen Präsidenten Javier Milei, der eine pro-westliche Agenda verfolgt – vor dem Hintergrund, dass die Bundesregierung die Partnerschaft mit Lateinamerika festigen will –, kein Mitglied der Bundesregierung teil, und welche konkreten Initiativen für eine Vertiefung der Partnerschaft mit Argentinien sind geplant, nachdem das Mercosur-Abkommen vorerst gescheitert ist?
14. Abgeordneter  
**Thomas Rachel**  
(CDU/CSU)
- Wird sich die Bundesregierung, nachdem Südafrika Israel wegen des Vorwurfs von Völkermord vor dem Internationalen Gerichtshof verklagt hat und die Bundesministerin des Auswärtigen Annalena Baerbock in Israels Vorgehen in Gaza keine Absicht zum Völkermord sieht ([www.juedische-allgemeine.de/politik/baerbock-aeussert-sich-zu-voelkermord-vorwurf-gegen-israel/](http://www.juedische-allgemeine.de/politik/baerbock-aeussert-sich-zu-voelkermord-vorwurf-gegen-israel/)), im Prozess öffentlich hinter Israel stellen, und welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus diesem Prozess?

15. Abgeordneter  
**Petr Bystron**  
(AfD)
- Hat sich die Bundesregierung zum Umstand, dass mit Albanien und der Türkei zwei EU-Beitrittskandidaten die Kairoer Erklärung der Menschenrechte im Islam unterzeichnet haben, die die Menschenrechte unter Scharia-Vorbehalt stellt und damit nach meiner Auffassung nicht dem EU-Recht und den EU-Beitrittsbedingungen entspricht, eine Auffassung gebildet, und wenn ja, wie lautet diese (vgl. [www.bundestag.de/resource/blob/645872/4860ada84f533374acfe84b95ad9ccf1/WD-2-040-19-pdf-data.pdf](http://www.bundestag.de/resource/blob/645872/4860ada84f533374acfe84b95ad9ccf1/WD-2-040-19-pdf-data.pdf))?
16. Abgeordneter  
**Alexander Radwan**  
(CDU/CSU)
- Ist die Eurofighter-Lieferung an Saudi-Arabien – vor dem Hintergrund der Bewertung der Entscheidung seitens der Bundesvorsitzenden von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Ricarda Lang als „nach wie vor falsch“, seitens des Grünen-Außenpolitikers Anton Hofreiter als „grundlegend falsch“ und der Äußerung der sicherheitspolitischen Sprecherin der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Sara Nanni, die bisherige Ablehnung sei „aus guten Gründen“ geschehen – statt einer einmaligen Entscheidung der Bundesregierung tatsächlich ein erstes Anzeichen einer der Zeitenwende oder der Nationalen Sicherheitsstrategie geschuldeten Einsicht, dass weltweit nicht nur Demokratien sicherheitspolitische Partner für Deutschland sein können und dass entsprechende Exportgenehmigungsanträge Saudi-Arabiens oder anderer Partner im Nahen und Mittleren Osten künftig rasch genehmigt werden?
17. Abgeordneter  
**Alexander Radwan**  
(CDU/CSU)
- Denkt die Bundesregierung, mit der nach meiner Ansicht richtigen Ankündigung der Bundesministerin des Auswärtigen Annalena Baerbock bei ihrer Reise im Libanon, 15 Mio. Euro zusätzliche Mittel für UNIFIL auszugeben, würden sich die Durchsetzungsprobleme der libanesischen Streitkräfte gegen die Hisbollah lösen lassen, und wenn nein, warum setzt sich die Bundesregierung nicht gemeinsam mit Frankreich an die Spitze einer Koalition, die sich die Unterstützung der staatlichen libanesischen Strukturen gegen die Hisbollah einsetzt, gerade angesichts der akuten Bedrohung Israels durch die Hisbollah?
18. Abgeordneter  
**Tobias Winkler**  
(CDU/CSU)
- Welche Reformvorschläge zu institutionellen Reformen der EU aus dem Bericht der unabhängigen deutsch-französischen Arbeitsgruppe ([www.auswaertiges-amt.de/blob/2627316/386102116ff34689169fb8df7ef63ec5/230919-deu-fra-bericht-dat a.pdf](http://www.auswaertiges-amt.de/blob/2627316/386102116ff34689169fb8df7ef63ec5/230919-deu-fra-bericht-dat a.pdf) vom 18. September 2023) wird die Bundesregierung verfolgen?

19. Abgeordnete  
**Annette Widmann-Mauz**  
(CDU/CSU)
- Aus welchem Grund durfte das Gespräch mit der iranischen Frauenrechtlerin und Aktivistin Masih Alinejad und dem Auswärtigen Amt Ende des letzten Jahres nicht öffentlich werden, wenn die Bundesregierung mit ihrer feministischen Außenpolitik Frauen und Mädchen im Iran doch sichtbar unterstützen will, und wie steht sie zu dem Vorwurf Masih Alinejads und anderer Frauenrechtlerinnen, sich genau damit dem Mullah-Regime zu beugen?
20. Abgeordnete  
**Annette Widmann-Mauz**  
(CDU/CSU)
- Welche Strategie verfolgt die Bundesregierung mittel- und langfristig im weiteren Umgang mit den Taliban in Afghanistan mit Blick auf Frauen und Mädchen?

#### **Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz**

21. Abgeordneter  
**Dr. Martin Plum**  
(CDU/CSU)
- Aus welchen Gründen sieht die Bundesregierung die Umsetzung des Vorschlags 67103 (Digitalisierung: Digitalisierung von Satzungsänderungen – das Verfahren zur Eintragung von Satzungen sollte digitalisiert und vereinfacht werden) sowie die der zugehörigen Vorschläge 80102 (Ermöglichung digitaler Satzungsänderungen) und 99103 (Abschaffung des notariellen Beglaubigungserfordernisses für Satzungsänderungen von gemeinnützigen Körperschaften) aus der Verbändeabfrage zum Bürokratieabbau ([www.bmj.de/SharedDocs/Downloads/DE/Gesetzgebung/Dokumente/Sachst and\\_Monitoring\\_Verbaendevorschlaege.pdf?\\_\\_blob=publicationFile&v=4](http://www.bmj.de/SharedDocs/Downloads/DE/Gesetzgebung/Dokumente/Sachst_and_Monitoring_Verbaendevorschlaege.pdf?__blob=publicationFile&v=4)) nicht vor, obwohl diese Vorschläge der Kategorie 1 – „Potenziell geeignet für zeitnah umsetzbare gesetzliche Maßnahmen der Ressorts oder in einem weiteren Bürokratieentlastungsgesetz („BEG IV“)“ – zugeordnet sind und auch die regierungstragende FDP-Fraktion die „Abschaffung des notariellen Beglaubigungserfordernisses für Satzungsänderungen von gemeinnützigen Körperschaften“ fordert ([www.fdp.de/beschluss/positionspapier-fdp-fraktion-engagement-wertschatzen-ehrenamtliche-unterstuetzen](http://www.fdp.de/beschluss/positionspapier-fdp-fraktion-engagement-wertschatzen-ehrenamtliche-unterstuetzen))?

22. Abgeordneter  
**Dr. Martin Plum**  
(CDU/CSU)
- Wann wurden die in der Antwort der Bundesregierung auf meine Schriftliche Frage 101 auf Bundestagsdrucksache 20/6668 unter den Nummern 10 und 11 genannten Gutachten und die in der Antwort der Bundesregierung auf meine Schriftliche Frage 12/443 vom 21. Dezember 2023 unter den Nummern 1, 2 und 3 genannten Gutachten durch das Bundesministerium der Justiz in Auftrag gegeben (bitte unter Angabe eines genauen Datums), und was waren die konkreten Anlässe für die jeweiligen Gutachtaufträge?
23. Abgeordneter  
**Thomas Seitz**  
(AfD)
- Um welche konkreten Dienststellen handelt es sich nach Kenntnis der Bundesregierung bei den „europäischen Ermittlern“ (bitte auch die entsprechenden Staaten angeben), die davon ausgehen, dass die Ermittlungen zu den Sprengungen der Nord-Stream-Pipelines vom EU- und NATO-Partner Polen behindert wurden, und welche Erkenntnisse liegen der Bundesregierung und den ihr nachgeordneten Dienststellen zu dem geäußerten Verdacht vor, „polnische Beamte hätten wichtige Beweise zurückgehalten“ ([www.n-tv.de/politik/Polen-blockierte-offenbar-Nord-Stream-Ermittlung-en-article24646786.html](http://www.n-tv.de/politik/Polen-blockierte-offenbar-Nord-Stream-Ermittlung-en-article24646786.html))?
24. Abgeordnete  
**Susanne Hennig-Wellsov**  
(fraktionslos)
- Welche konkreten Schritte gedenkt der Bundesminister der Justiz Dr. Marco Buschmann hin zu einem solidarischen Elementarschadensversicherungsmodell zu unternehmen, welches bezahlbar für alle Hausbesitzer und Hausbesitzerinnen ist, sofern er weiterhin eine Versicherungspflicht ablehnt?
25. Abgeordnete  
**Clara Bünger**  
(fraktionslos)
- Wann beabsichtigt die Bundesregierung, die im Koalitionsvertrag zwischen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP zugesicherte geplante Reform des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG), die ursprünglich für 2023 angekündigt war ([kobinet-nachrichten.org/2023/09/04/bundesjustizministerium-arbeitet-an-agg-reform/](http://kobinet-nachrichten.org/2023/09/04/bundesjustizministerium-arbeitet-an-agg-reform/)), umzusetzen, also zunächst das Eckpunktepapier für die AGG-Reform planmäßig vorzulegen, im Kabinett zu beschließen und anschließend ins parlamentarische Verfahren überzugehen (bitte den Zeitplan möglichst konkret nach Quartalsangaben benennen), vor dem Hintergrund der Tatsache, dass die Evaluierung des AGG nach meinen Informationen bereits abgeschlossen ist, und welche wesentlichen, im Grundlagenpapier aufgeführten Reformvorschläge der Antidiskriminierungsbeauftragten ([www.antidiskriminierungsstelle.de/SharedDocs/downloads/DE/Sonstiges/20230718\\_AGG\\_Reform.html?nn=305458](http://www.antidiskriminierungsstelle.de/SharedDocs/downloads/DE/Sonstiges/20230718_AGG_Reform.html?nn=305458)) werden dabei Eingang in den Gesetzentwurf finden?



**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für  
Arbeit und Soziales**

26. Abgeordneter  
**Matthias W.  
Birkwald**  
(fraktionslos)      Wie viele Rentnerinnen und Rentner erhalten einen monatlichen Rentenzahlbetrag nach 35, 40 und 45 Versicherungsjahren von unter 1.250 Euro?
27. Abgeordneter  
**Matthias W.  
Birkwald**  
(fraktionslos)      Wie viele Rentnerinnen und Rentner mit 35, 40 oder 45 Versicherungsjahren, die einen Rentenzahlbetrag von 1.250 Euro oder weniger erhalten, beziehen nach Kenntnis der Bundesregierung zusätzlich Leistungen aus einer betrieblichen Altersvorsorge?
28. Abgeordneter  
**Christian Görke**  
(fraktionslos)      Wie genau ergeben sich nach Kalkulation der Bundesregierung die 150 Mio. Euro an Einsparungen für den Bundeshaushalt aus der geplanten Möglichkeit, das Bürgergeld für „Totalverweigerer“ für zwei Monate zu streichen (bitte alle wichtigen Berechnungsvariablen angeben, z. B. die Anzahl sanktionierter Personen oder die Anzahl derer, die durch die präventive Wirkung einen Job nicht verlassen bzw. einen neuen Job annehmen), und wie viele Bürgergeldempfänger wurden 2023 wegen der Verweigerung der Arbeitsaufnahme sanktioniert (vgl. Bundestagsdrucksache 20/9999 sowie [www.zdf.de/nachrichten/politik/bundesarbeitsminister-heil-spd-sanktionen-buergergeld-gerechtigkeit-100.html](http://www.zdf.de/nachrichten/politik/bundesarbeitsminister-heil-spd-sanktionen-buergergeld-gerechtigkeit-100.html))?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums der  
Verteidigung**

29. Abgeordneter  
**Dr. André Hahn**  
(fraktionslos)      Wie viele offene Anträge auf Kriegsdienstverweigerung liegen derzeit bei den zuständigen Stellen (Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben – BAFzA – und Bundesministerium der Verteidigung – BMVg) vor, und welche Bearbeitungszeiten (aufgeschlüsselt nach dem Jahr des Eingangs) sind derzeit bei den offenen Anträgen entstanden?
30. Abgeordnete  
**Martina Renner**  
(fraktionslos)      Wie viele Ermittlungsverfahren werden derzeit nach Kenntnis der Bundesregierung gegen Angehörige des Kommandos Spezialkräfte geführt (bitte die 27 häufigsten Tatvorwürfe nennen)?

31. Abgeordneter  
**Ingo Gädechens**  
(CDU/CSU)

Welche terminlichen Meilensteine im Sinne von Beginn der Analysephase 1, Zeichnung der Fähigkeitslücke und Funktionale Forderung (FFF), Zeichnung des Lösungsvorschlags (LV), Billigung der Auswahlentscheidung (AWE), Durchführung eines Vergabeverfahrens, Vertragsschluss bzw. 25-Millionen-Euro-Vorlage, Zulauf der ersten sowie der letzten Einheit liegen dem Beschaffungsvorhaben Mehrzweckkampfbote für das Seebataillon der Deutschen Marine zugrunde, und wie erklärt die Bundesregierung die gemäß der ersten Teilfrage dargelegte Zeitplanung angesichts der Antwort der Bundesregierung auf die Schriftliche Frage 48 des Abgeordneten Christian Sauter (FDP) auf Bundestagsdrucksache 19/29975, in der ein Fähigkeitsaufwuchs infolge des genannten Beschaffungsvorhabens „im Zeitraum 2021 bis 2027“ angekündigt wurde, nach meiner Kenntnis aber bis zum heutigen Tage kein Mehrzweckkampfbote zumindest in die mir bekannten Stützpunkte der Deutschen Marine ausgeliefert wurde, obgleich gemäß zitierter Antwort der Bundesregierung spätestens im Jahr 2021 eine zu schließende Fähigkeitslücke seitens des Bundesministeriums der Verteidigung anerkannt wurde, spätestens mit dem Sondervermögen Bundeswehr die notwendigen Finanzmittel zur Realisierung zur Verfügung gestellt werden konnten und nach meiner Kenntnis marktverfügbare Produkte zur Schließung der Fähigkeitslücke innerhalb einer überschaubaren Zeitspanne hätten beschafft werden können?

32. Abgeordneter  
**Ingo Gädechens**  
(CDU/CSU)

Wie hoch ist der Gesamtneuanschaffungswert aller bis zum 12. Januar 2024 aus Bundeswehrbeständen an die Ukraine abgegebenen Waffensysteme inklusive sonstigen Materials, und in welcher Höhe sind die bei Kapitel 6002 Titel 687 03 (in der Fassung der zweiten Ergänzung zur Bereinigungsvorlage [Ausschussdrucksache 20(8)5000 zu 2], Blatt 608) veranschlagten Verpflichtungsermächtigungen für die Wiederbeschaffung von an die Ukraine aus Bundeswehrbeständen abgegebenen Waffensystemen inklusive sonstigen Materials, für die direkte militärische Unterstützung der Ukraine sowie für alle dort veranschlagten sonstigen Vorhaben vorgesehen (bitte jahresscharfe Aufschlüsselung der drei genannten Bereiche für 2025, 2026, 2027 sowie 2028 vornehmen)?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für  
Familie, Senioren, Frauen und Jugend**

33. Abgeordnete  
**Heidi Reichinnek**  
(fraktionslos)
- Wo können die Ergebnisse der Kostenstudie zur Finanzierung der Frauenhäuser eingesehen werden, die im dritten Quartal 2023 vorliegen sollten (vgl. Antwort der Bundesregierung auf meine Schriftliche Frage 103 auf Bundestagsdrucksache 20/4209)?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für  
Gesundheit**

34. Abgeordneter  
**Stephan Pilsinger**  
(CDU/CSU)
- Wie bewertet die Bundesregierung die Nutzung einer Standardvorgehensweise (SOP) bei der Bewertung aller Impfstoffe durch die STIKO inkl. bei Impfstoffen gegen schnell mutierende Viren wie dem Influenza- und COVID-19-Virus vor dem Hintergrund, dass laut Experten eine Real World Evidence (inkl. nicht laborbestätigter Versorgungsdaten, da eine Laborbestätigung z. B. bei Influenza keine gängige Praxis ist) eine gewichtigere Rolle spielen müsste als in der aktuellen SOP definiert ist (vgl.

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für  
Digitales und Verkehr**

36. Abgeordnete  
**Canan Bayram**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Ist der Bundesregierung bekannt, dass nach Dänemark nun auch in Österreich strengere Gesetze gegen Raser erlassen werden, die bei extremen Verstößen gegen Tempolimits – „mehr als 60 km/h innerorts oder mehr als 70 km/h außerorts“ – ab März 2024 auch die sofortige Beschlagnahme des Fahrzeugs ermöglichen (siehe dazu: [www.adac.de/news/haertere-strafen-oesterreich/](http://www.adac.de/news/haertere-strafen-oesterreich/)), und gibt es innerhalb der Bundesregierung ähnliche Überlegungen?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt,  
Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz**

37. Abgeordnete  
**Dr. Anja Weisgerber**  
(CDU/CSU)
- Welche Personen werden dem „Wissenschaftlichen Beirat zum Natürlichen Klimaschutz“ angehören, der im Aktionsprogramm Natürlicher Klimaschutz vorgesehen ist und der sich diesen Monat konstituiert (bitte auch die entsprechenden Verbände und Einrichtungen angeben), und wie genau erfolgt die Einbindung dieses Gremiums bei der Umsetzung des Aktionsprogramms Natürlicher Klimaschutz?
38. Abgeordnete  
**Dr. Anja Weisgerber**  
(CDU/CSU)
- Welche Stakeholder werden bei der Erarbeitung der vorsorgenden Klimaanpassungsstrategie beteiligt, die laut Pressemitteilung des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz im vierten Quartal 2024 vom Kabinett verabschiedet werden soll (bitte die 28 größten Stakeholder auflisten)?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für  
Bildung und Forschung**

39. Abgeordnete  
**Canan Bayram**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Sind der Bundesregierung die genauen Gründe bekannt, warum rund 84 Prozent der Studierenden die Angebote der Bundesregierung zur Studienförderung nicht annehmen (siehe dazu: [www.tagesschau.de/wirtschaft/finanzen/studierende-staatliche-foerderung-100.html](http://www.tagesschau.de/wirtschaft/finanzen/studierende-staatliche-foerderung-100.html)), und plant die Bundesregierung eine Reform ihrer Angebote, um mehr Studierenden den Zugang zu staatlicher Förderung zu ermöglichen?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für  
Wirtschaft und Klimaschutz**

40. Abgeordneter  
**Tobias Matthias  
Peterka**  
(AfD)
- Wird der Bundesminister für Wirtschaft und Klimaschutz Dr. Robert Habeck Maßnahmen forcieren, die konkret im ersten Halbjahr 2024 zur Entlastung kleiner und mittelständischer Unternehmen führen, und wenn ja, welche?
41. Abgeordneter  
**Dr. Rainer Kraft**  
(AfD)
- Erwägt die Bundesregierung, sich auf europäischer Ebene für Strafzölle für Solarmodule oder deren Komponenten aus Asien einzusetzen, und wenn nein, warum nicht ([www.handelsblatt.com/unternehmen/energie/energie-streit-um-strafoell-e-auf-solarmodule-aus-china/29425960.html](http://www.handelsblatt.com/unternehmen/energie/energie-streit-um-strafoell-e-auf-solarmodule-aus-china/29425960.html))?
42. Abgeordneter  
**Christian Görke**  
(fraktionslos)
- Spricht sich die Bundesregierung, als Treuhänderin über die Mehrheitsanteile der PCK Raffinerie GmbH, dafür aus, die zum Jahresende 2023 ausgelaufene Arbeitsplatzgarantie für alle Beschäftigten in Schwedt zu verlängern, und wird sie diesbezüglich auf die anderen Anteilseigner einwirken ([www.handelsblatt.com/politik/deutschland/energieversorgung-bund-erklaert-alle-arbeitsplaetze-in-pck-raffinerie-schwedt-in-2023-fuer-gesichert/28833652.html](http://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/energieversorgung-bund-erklaert-alle-arbeitsplaetze-in-pck-raffinerie-schwedt-in-2023-fuer-gesichert/28833652.html))?

43. Abgeordneter  
**Thomas Seitz**  
(AfD)
- Wie hoch ist nach Kenntnis der Bundesregierung die staatliche Förderung, die der Warenhauskette GALERIA Karstadt Kaufhof GmbH (und ggf. verbundenen Unternehmen) seit der ersten Insolvenz der Warenhauskette im Jahr 2020 bzw. der internationalen Beteiligungs- und Industrieholding „Signa-Gruppe“ zugeflossen ist (bitte jeweils aufschlüsseln nach fördernder Stelle sowie nach Art der Förderung, wie z. B. verlorener Zuschüsse, Darlehen, Stundung von Steuerforderungen etc.), und inwieweit sind staatliche Fördermittel im Falle einer Insolvenz abgesichert ([www.welt.de/wirtschaft/article249437090/Galeria-Rettung-Welches-Interesse-sollten-die-haben-sich-einen-Sanierungsfall-ans-Bein-zu-binden.html?source=puerto-reco-2\\_ABC-V36.3.C\\_without\\_ALS%20](http://www.welt.de/wirtschaft/article249437090/Galeria-Rettung-Welches-Interesse-sollten-die-haben-sich-einen-Sanierungsfall-ans-Bein-zu-binden.html?source=puerto-reco-2_ABC-V36.3.C_without_ALS%20))?

#### **Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen**

44. Abgeordneter  
**Tobias Matthias Peterka**  
(AfD)
- Welche konkreten Maßnahmen zur steuerlichen Entlastung der Bürger wird der Bundesminister der Finanzen Christian Lindner im ersten Halbjahr 2024 forcieren (vgl. [www.merkur.de/wirtschaft/steuern-christian-lindner-grundfreibetrag-erhoehen-milliarden-entlastung-fuer-arbeitnehmer-zr-92528355.html](http://www.merkur.de/wirtschaft/steuern-christian-lindner-grundfreibetrag-erhoehen-milliarden-entlastung-fuer-arbeitnehmer-zr-92528355.html), zuletzt abgerufen am 8. Dezember 2023)?
45. Abgeordneter  
**Dr. Rainer Kraft**  
(AfD)
- Betrachtet die Bundesregierung ihre Pläne zur Einführung eines Klimageldes durch den von den Letztverbrauchern steuerfinanzierten Wegfall der EEG-Umlage als abgeschlossen ([www.bz-berlin.de/deutschland/gruene-zanken-ums-klimageld](http://www.bz-berlin.de/deutschland/gruene-zanken-ums-klimageld))?
46. Abgeordneter  
**Matthias Hauer**  
(CDU/CSU)
- Hat die Bundesregierung seit Beginn ihrer Amtszeit Leistungen der MSLGROUP Germany GmbH in Anspruch genommen (bitte auch Ausführungen zur Höhe etwaiger Vergabesummen für Aufträge an die MSLGROUP Germany GmbH machen und die betroffenen Bundesministerien inkl. Bundeskanzleramt nennen), und welche Gespräche, Telefonate, Treffen, schriftliche Korrespondenz und/oder anderweitige Kommunikation der Bundesregierung gab es mit Vertretern der MSLGROUP Germany GmbH (bitte die letzten 28 Kommunikationen chronologisch darlegen)?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums des  
Innern und für Heimat**

47. Abgeordneter  
**Dr. Hendrik  
Hoppenstedt**  
(CDU/CSU)
- Wie viele Fälle von sexuellem Kindesmissbrauch sowie von Herstellung, Besitz und Verbreitung kinderpornografischen Materials gab es in den Jahren 2022 und 2023, und welche Maßnahmen zur Verbesserung der Ermittlungsbefugnisse der Strafermittlungsbehörden im Hinblick auf solche Straftaten hat die Bundesregierung seit ihrem Amtsantritt umgesetzt?
48. Abgeordneter  
**Stephan Brandner**  
(AfD)
- Inwieweit konnte das Bundesamt für Verfassungsschutz nach Ansicht der Bundesministerin des Innern und für Heimat in der aktuellen Legislaturperiode zur Stärkung der Inneren Sicherheit in Deutschland beitragen?
49. Abgeordnete  
**Martina Renner**  
(fraktionslos)
- Wann lagen der Bundesregierung und den ihr nachgeordneten Behörden und Stellen erstmals Informationen über das Strategietreffen von Angehörigen der rechtsextremen Szene u. a. mit Mitgliedern und Mandatsträgern der AfD sowie Mitgliedern der Werteunion am 25. November 2023 im Landhaus Adlon in Potsdam vor, bei welchem die Remigration in Deutschland lebender Migrantinnen und Migranten einschließlich in Deutschland eingebürgerter Menschen auch durch entsprechende Gesetzgebung diskutiert worden sein soll ([correctiv.org/aktuelles/neue-rechte/2024/01/10/geheimplan-remigration-vertreibung-afd-recht-sextreme-november-treffen/](https://www.correctiv.org/aktuelles/neue-rechte/2024/01/10/geheimplan-remigration-vertreibung-afd-recht-sextreme-november-treffen/); [www.tagesspiegel.de/berlin/die-bundesweite-rechtsfront-trifft-sich-in-potsdam-villa-mit-seezugang--wo-afd-maassen-identitaere-und-compact-plane-aushecken-11026519.html](https://www.tagesspiegel.de/berlin/die-bundesweite-rechtsfront-trifft-sich-in-potsdam-villa-mit-seezugang--wo-afd-maassen-identitaere-und-compact-plane-aushecken-11026519.html))?

50. Abgeordnete  
**Gökay Akbulut**  
(fraktionslos)
- Wie positioniert sich die Bundesregierung zu der Aufforderung der Landesflüchtlingsräte aus Schleswig-Holstein und Niedersachsen, wonach die Bundesregierung mit den Ländern die Aufnahme von zivilen Binnenflüchtlings und insbesondere Verwundeten des Gaza-Krieges abstimmen und die Umsetzung eines solchen Evakuierungsprogramms mit den Regierungen Israels und Ägyptens verhandeln soll, insbesondere für Menschen mit Bezügen zu Deutschland (vgl. [www.nds-fluerat.org/57755/aktuelles/verantwortung-uebernehmen-gewaltopfer-aus-gaza-aufnehmen/](http://www.nds-fluerat.org/57755/aktuelles/verantwortung-uebernehmen-gewaltopfer-aus-gaza-aufnehmen/)), und inwieweit trifft es zu, dass die noch bestehenden Aufnahmeprogramme für Angehörige von in Deutschland lebenden syrischen Staatsangehörigen, die für Unterbringung und Lebenshaltungskosten ihrer aufgenommenen Verwandten in der Regel selbst aufkommen, durch eine Weisung des Bundesministeriums des Innern und für Heimat seit 2023 dahingehend verschärft wurden, dass nur noch solche Personen berechtigt sein sollen, die sich aufgrund des Bürgerkriegs in einer aktuellen individuellen Not oder Bedrängnis befinden (vgl. [www.rbb24.de/politik/beitrag/2023/10/brandenburg-innenministerium-syrien-aufnahme-stopp-verwandte.htm](http://www.rbb24.de/politik/beitrag/2023/10/brandenburg-innenministerium-syrien-aufnahme-stopp-verwandte.htm))?
51. Abgeordneter  
**Dr. André Hahn**  
(fraktionslos)
- Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung zu den Recherchen von CORRECTIV hinsichtlich eines im November 2023 stattgefundenen Geheimtreffens in Potsdam, an dem AfD-Funktionäre, potenzielle Großspender und Vertreter der rechtsextremen Identitären Bewegung teilgenommen haben sollen (siehe [correctiv.org/aktuelles/neue-rechte/2024/01/10/geheimplan-remigration-verbreitung-afd-rechtsextreme-november-treffen/](http://correctiv.org/aktuelles/neue-rechte/2024/01/10/geheimplan-remigration-verbreitung-afd-rechtsextreme-november-treffen/))?
52. Abgeordneter  
**Petr Bystron**  
(AfD)
- Wie viele Bundesmittel sind seit 2017 in Deutschland in die Bekämpfung des Antisemitismus geflossen (bitte nach Jahren aufschlüsseln)?
53. Abgeordneter  
**Tobias Winkler**  
(CDU/CSU)
- Inwieweit prüft die Bundesregierung eine Verlagerung von Asylverfahren in entfernte Drittstaaten?



54. Abgeordnete  
**Clara Bünger**  
(fraktionslos)

Welche konkreten Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus den erkennbar verfassungswidrigen Plänen, insbesondere mit Blick auf den Schutz der Gruppen, die nach Auffassung der rechten Akteure aus Deutschland vertrieben werden sollen, auch vor dem Hintergrund, dass sich bei mir viele Menschen gemeldet haben, die Angst um ihre Sicherheit und ihren Verbleib in Deutschland haben und „millionenfache Remigration“ auch bereits Ende November 2023 im Plenum des Bundestages gefordert wurde (Plenarprotokoll 20/141, S. 17783 (C)), und wie bewertet die Bundesregierung die Gefährlichkeit bzw. verfassungs- bzw. strafrechtliche Relevanz von Forderungen bzw. Ankündigungen einer millionenfachen sogenannten Remigration (vgl. z. B. der Abgeordnete René Springer auf X: „Wir werden Ausländer in ihre Heimat zurückführen. Millionenfach. Das ist kein Geheimplan, das ist ein Versprechen“, [www.derwesten.de](http://www.derwesten.de), 11. Januar 2024) vor dem Hintergrund, dass aktuell nur etwa 250.000 ausreisepflichtige Menschen in Deutschland leben (vgl. Antwort der Bundesregierung zu Frage 33 der Kleinen Anfrage der Fraktion DIE LINKE. auf Bundestagsdrucksache 20/9931), sodass nach meiner Einschätzung offenbar die Absicht zur Vertreibung bzw. Ausweisung von Millionen Menschen mit einem Aufenthaltsrecht in Deutschland bzw. sogar von Deutschen mit Migrationsgeschichte vorliegt (vgl. hierzu: [correctiv.org/aktuelles/neue-rechte/2024/01/10/geheimplan-remigration-vertreibung-afd-rechtsextreme-november-treffen/](http://correctiv.org/aktuelles/neue-rechte/2024/01/10/geheimplan-remigration-vertreibung-afd-rechtsextreme-november-treffen/))?





